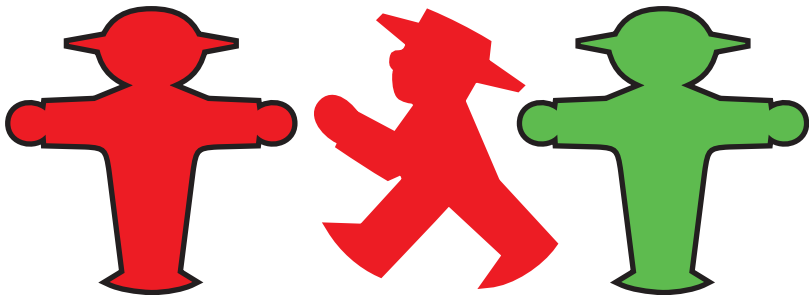


tom strohschneider linke mehrheit?



über **rot-rot-grün**, politische bündnisse
und hegemonie

Tom Strohschneider
Linke Mehrheit?

Tom Stroschneider ist Journalist, Chefredakteur der Sozialistischen Tageszeitung »neues deutschland«. Zuvor schrieb er u.a. für »Der Freitag« und »taz – die tageszeitung«, außerdem bestückte er bis Ende 2012 den meistgelesenen linken Blog »Lafontaines Linke«.

Tom Strohschneider

Linke Mehrheit?

Über Rot-Rot-Grün,
politische Bündnisse und Hegemonie

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-596-4

Inhalt

Vorwort	7
Eine vierte Chance?	12
Crossover. Kurzer Lehrgang der Geschichte	17
Gefesselt auf dem Boden kommender Tatsachen	32
Gute Gründe, große Skepsis	43
Schwarz-roter Herbst	51
Parteiengeflüster	57
Und sie bewegt sich doch	66
Sisyphos again. Der Stein liegt wieder unten	72
Eine linke Mehrheit?	79
Und der Zukunft zugewandt	86

Vorwort

*Hat die Linke nicht am Ende recht?
Charles Moore*

Es ist inzwischen ein paar Jahre her, da konnte man so etwas wie eine Frankfurter Allgemeine Verunsicherung erleben. Ja, es ist hier die Zeitung gemeint – aber nicht nur. Das Blatt, dem Nähe zu herrschaftlichem Denken und den Interessen diverser Kapitalfraktionen nicht bloß nachgesagt wird, war nun auch zum Spiegel eines gesellschaftlichen Zitterns geworden, das damals schon eine Zeitlang anhielt und ein paar Grundfesten, ein paar angebliche Wahrheiten des Kapitalismus erschütterte. Wenigstens ein bisschen.

Nun ist eine Zeitung unter heutigen Bedingungen in erster Linie ein Produkt. Was in ihr steht, mag auch Kritik an den Verhältnissen sein, es bleibt den Imperativen der Warenproduktion unterworfen: Das Blatt soll sich verkaufen. Und sei es aus Lust an der Überraschung, aus kalkulierter Provokation. Und doch steckte natürlich mehr dahinter, wenn Frank Schirrmacher sich beinahe nicht mehr einkriegte ob ein paar später Einsichten des britischen Konservativen Charles Moore. Der fragte sich im Angesicht der Krise – und das war durchaus schon als Antwort gemeint: »Hat die Linke nicht am Ende recht?«

Es war nicht bloßes Auflagendenken, wenn die Max-Planck-Soziologen Jens Beckert und Wolfgang Streeck plötzlich und ausgerechnet in der »Frankfurter Allgemeinen« seitenweise warnen konnten, »in der nächsten Stufe wird die Krise auf das soziale System übergreifen«, und gleich noch die Frage aufwerfen, »ob und mit welchen Mitteln die Wohlhabenden versuchen werden, ihre Position auch um den Preis einer massiven sozialen und politischen Krise zu verteidigen«. Der in linken Kreisen hoch angesehene österreichische Ökonom Stephan Schulmeister sah den Finanzkapitalismus schrittweise implodieren, Dietmar Dath schrieb, »Sozialkritik, die nicht ihre Positionen offen vermittelt mit der Praxis derer, die

da reden, ist Anlauf zur Errichtung oder Verschärfung von Herrschaft«. Und Michael Hudson, der den in England lebenden Anthropologen und Anarchisten David Graeber beeinflusst hat, bekam von der Redaktion an der Frankfurter Hellerhofstraße zuerst einen großen Aufmacher im Feuilleton und in der darauffolgenden Sonntagszeitung gleich noch eine Doppelseite: Vom »Krieg der Banken gegen das Volk« war da die Rede; alles roch irgendwie nach Veränderung, mitunter sogar nach Aufstand – auch wenn man dabei eher an jene Form der Revolte denken musste, bei der die schwarzen Anzüge nicht an der roten Garderobe abgegeben werden, sondern man lieber im Bildungsbürgerstübchen sitzen bleibt.

Und wenn schon. Hudson zitierte seinerzeit in der FAZ den früheren Stabschef von Barack Obama. »Krisen sind viel zu gute Chancen«, hatte Rahm Emanuel einmal gesagt, »als dass man sie ungenutzt verstreichen lassen dürfte.« Man mag nun darüber streiten, in welchem Stadium die 2008 offenkundig gewordene und sich dann rasend schnell ausbreitende und verwandelnde Krise inzwischen angekommen ist. Wenig Widerspruch dürfte man im Frühjahr 2014 mit der Formulierung hervorrufen, die gesellschaftliche Linke in der Bundesrepublik habe Rahm Emanuel widerlegt – und diese Krise bisher politisch weitgehend ungenutzt verstreichen lassen.

Über die Frage, ob denn Krisen überhaupt ein günstiges Feld der Theorie und Praxis einer Linken sind, ließe sich freilich streiten. Zumal in einer gesellschaftlichen Linken, die sich zwischen Bewegungsform und Parlament, zwischen reformerischen Überlegungen und transformatorischen Hoffnungen, zwischen Ost und West, Klassenpolitik und Selbstverwirklichung, sozialer Frage und Freiheitsanspruch, zwischen Keynes und Wachstumskritik weit aufspannt, zudem keine einheitliche Form annimmt und regelmäßig miteinander streitet, ständig alte Wahrheiten verteidigend oder ständig auf der Suche nach neuen Erkenntnissen.

Szenenwechsel. Am Berliner Franz-Mehring-Platz residiert die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem Haus, in dem auch noch eine »sozialistische Tageszeitung« zu Hause ist. Dort geben sich an gesellschaftlicher Transformation Interessierte bei Tagungen über die Krise und den notwendigen politischen Wandel in einem nach Willi Münzenberg benannten

Saal die Klinke in die Hand. Im Keller steht ein großer Karl-Marx-Kopf. Wollte man denen, die in diesem Gebäude zum Beispiel über gesellschaftsverändernde Strategien der Linken brüten, vorwerfen, die Chance der Krise ungenutzt liegen gelassen zu haben? Es wäre dies eine wohlfeile Kritik, eine, die davon ausgeht, dass sich die Wirklichkeit schon durch Nachdenken verändern ließe.

Wenn aus dem, was die politische Linke – und damit ist weder nur eine gleichnamige Oppositionspartei noch sind bloß die »üblichen Verdächtigen« gemeint – in diesem Land in den vergangenen fünf bis zehn Jahren an Analysen, Vorschlägen, Erkenntnissen und so fort gewonnen hat, auf eine automatische Weise Veränderung resultieren würde, sähe dieses Land, sähe Europa, sähe die Welt anders aus. Dass es so nicht ist, dass das Kriterium der Wahrheit die Praxis ist und nicht der Konferenzreader, ist bekannt – und aus diesem Eingeständnis darf keine Kapitulation werden. Denn die Dringlichkeit auch radikaler Veränderung lässt sich nicht hinter den Fassaden der Konsumgesellschaft, hinter angeblichen Sachzwängen oder dem beruhigenden Hinweis verstecken, die Welt habe sich doch in den vergangenen Jahrzehnten, wenn auch langsam, wie von allein zum Besseren gewandelt. Es gibt hunderte Bücher, die jedes für sich eine hinreichende Begründung sind, alles dafür zu tun, dass es endlich anders, besser wird.

Wo steht die Welt? Man kann darüber auf so vielfältige Weisen nachdenken, dass schon eine grobe Skizze der möglichen Perspektiven etwas Beängstigendes an sich hat. Nein, an Analyse und Theorie ist nicht unbedingt Mangel. Wer will schon die exzellenten Werkzeuge einer Kritik der politischen Ökonomie im Keller der linken Geschichte liegen lassen? Wer an den neuesten Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Diskursanalytiker, der Kulturbewegten und Weltmarktversther vorbeigehen? Was würde es aber nützen, sich allein im Elfenbeinturm der theoretischen Kritik einzurichten, wenn dabei aus dem Blick gerät, was Menschen täglich tun – und was die Welt ja tatsächlich stets immer verändert hat? Wer kann es sich erlauben, an der begründeten Absage an die real existierenden politischen Mechaniken, an Parteienstaat und Fassadendemokratie, an Machtspielchen und Wahlumfragen vorbeizudenken?

Und wer kann es sich erlauben, diese Institutionen in seinem Veränderungstun rechts liegen zu lassen, wo sie doch nicht bloß die Folklore der Verhältnisse bilden, sondern diese auf ihre Weise mitbestimmen? Wo setzt man am besten und zuerst an, verdammt noch einmal, in Zeiten, in denen Mehrheiten in Umfragen nicht auch Mehrheiten des Handelns sind, wo die Klugheit der Kritik mit der Beharrungskraft mächtiger Herrschaftslogiken konkurriert?

Wer im Frühjahr 2014 mit der nötigen Lust auf Veränderung und dem notwendigen Pessimismus des Verstandes aus dem Fenster schaut, wird je nachdem, wohin der Blick dort fällt, seine ganz eigene Voraussetzung finden. Für einen politischen Journalisten dürfte es nicht überraschend sein, wenn dort draußen vor dem Fenster vor allem Sozialdemokraten und Grüne, die Linkspartei und ihre Strömungen, soziale Bewegungen und Gewerkschaften, die radikale Linke und die kritische Wissenschaft, Wahlen und Parlamente eine große Rolle spielen. Wer in den vergangenen Jahren nicht endgültiger Enttäuschung erlegen ist, wer weiter daran festhalten möchte, dass auch auf diesem Feld erst einmal Wurzeln schlagen muss, woraus später die Blüten wirklicher Veränderung wachsen könnten, hat in diesem Frühjahr 2014 wenig Anlass zu übertriebener Euphorie. Aber es gibt auch keinen guten Grund, jeden Optimismus aufzugeben.

»Ein auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit setzender neuer Linksreformismus«, so habe es in jenem 2011er Herbst der Frankfurter Allgemeinen Verunsicherung Christoph Jünke und Daniel Kreutz formuliert, kann eine reale Option sein, »wenn er im wirklichen Leben Gestalt annimmt, in gemeinsamer solidarischer Aktion und als soziale Bewegung«. ¹ Dass hier als erste ein Experte für die Geschichte des Linkssozialismus und ein früherer Grünenpolitiker mit als bitter verstandener Regierungserfahrung zitiert werden, ist ein Zufall – aber einer, der gar nicht weit weg ist von dem, was als »Programm« sich eignen könnte: aus historischer Erfahrung klug geworden, am kritischen Denken festhaltend, sich nicht im Sündenstolz badend, die Möglichkeiten politischer Ver-

¹ Christoph Jünke/Daniel Kreutz: Die Dilemmata eines zeitgenössischen Linksreformismus, in: Emanzipation, Nr. 2/2011, S. 98.

änderung realistisch einschätzend und dennoch nicht im Selbstgefängnis der Verewigung vergangener Konflikte sitzen bleibend – so könnte es gehen.

Was wiederum nicht heißt, dass es einfach wird. Noch einmal Jünke und Kreuz: »Die vorherrschende Apathie und Einpassung in den Status quo bedeutet nicht, dass es kein sichtbares Potenzial für Veränderungen gäbe. Große (...) Teile der deutschen Bevölkerung lehnen die herrschende Politik zumindest in wichtigen Einzelfragen ab. Und dies, ohne dass große Bewegungen in den Betrieben und auf der Straße die Kritik in die Köpfe ›hineindemonstriert‹ hätten. Doch passive Umfragemehrheiten sind noch keine politische Gegenmacht. Die eigentliche Herausforderung bleibt deswegen, wie die Grenzen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in die Richtung einer anderen Logik, in die Richtung einer Verwirklichung alternativer Ziele (...) verschoben werden können.«

Von dieser Herausforderung soll diese kleine Büchlein handeln. Es nimmt nicht in Anspruch, eine Lösung zu wissen. Es ist geschrieben aus der Perspektive eines Linken, der sich in manchem ganz gut auskennt und in vielem nicht mehr zur Verfügung hat als seine alltägliche Erfahrung. Es wird dem Urteil wissenschaftlicher Betrachtung nicht standhalten können, die mit ihrer Kategorien- und Begriffsstrenge anderen Regeln folgt als der Journalismus. Es ist vielleicht auch von der naiven Hoffnung angetrieben, dass unter den herrschenden Bedingungen etwas in Bewegung gerät, was das Vorfindbare auf eine Weise verändert, die den nächsten Schritt ermöglicht. Wir werden den Weg erst beim Gehen finden.